

Kleine Anfrage 750

des Abgeordneten Sven Hornauf (BSW-Fraktion)

an die Landesregierung

Objektive Hürden bei der Zulassung von Wahlvorschlägen zu kommunalen Wahlen in Brandenburg

Wählergruppen und Parteien, die nicht unter die Befreiung des § 28a Abs. 7 BbgKWahlG zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften fallen, müssen zur Teilnahme an Kommunalwahlen Unterstützungsunterschriften in nicht unerheblichem Umfang sammeln. Im Land Brandenburg betrifft dies ausweislich der letzten landesweiten Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 viele Wahlvorschläge, insbesondere Vorschläge rein lokaler Wählergruppen und von neugegründeten Parteien, die denklogisch noch keine ununterbrochenen Mitgliedschaften in den aufgeführten Gremien vorweisen können.

Die danach in höchst unterschiedlichem Maße erforderlichen Unterstützungsunterschriften, gerade in Kommunen mit mehreren Wahlkreisen, stellt eine teilweise erhebliche Zulassungsschranke dar, die durch die Art und Weise des Nachweises der Unterstützerunterschriften verschärft wird. Die dazu aufgestellten Hürden, die eine nicht unter § 28a Abs. 7 BbgKWahlG fallende Wählergruppe und/oder Partei nehmen muss, werfen verfassungsrechtliche Fragen auf: Nach § 20 Abs. 4 BbgKWahlG müssen Städte mit mehr als 35 000 bis zu 75 000 Einwohnern zwei bis fünf Wahlkreise bilden. Nach § 28a Abs. 2 BbgKWahlG sind in Wahlkreisen mit über 10 000 Einwohnern jeweils mindestens 20 Unterstützungsunterschriften erforderlich.

Ich frage dazu die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten (insbesondere der Chancengleichheit der Wahlbewerber und der Gleichheit der Wahl, d.h. der Sicherstellung eines ungefähr gleichen Stimmwertes), dass eine Wählergruppe in einer Stadt mit 51 000 Einwohnern - abhängig von der Anzahl der Wahlkreise - zwischen 40 und 100 Unterschriften sammeln muss, um dort flächendeckend antreten zu können?
2. Warum ist es nach Ansicht der Landesregierung bei Kommunalwahlen im Land Brandenburg erforderlich, dass Unterstützungsunterschriften persönlich bei der zuständigen Gemeindebehörde (Wahlbehörde) geleistet werden, während bei Landtags- oder Bundestagswahlen eine schriftliche Unterschrift auf einem bloßen Formblatt ausreichend ist?

3. Was rechtfertigt aus Sicht der Landesregierung dieses Zugangshürde, ausgerechnet und nur für Kommunalwahlen?
4. Wie begründet die Landesregierung diese für alle Beteiligten wesentlich aufwendigere und für die Betroffenen erschwerende Regelung, insbesondere bei Wahlen zu einem Ortsbeirat, einem Gremium mit ausschließlich beratender Funktion?
5. Warum ist es Wahlbewerbern bei Kommunalwahlen untersagt, für ihre eigene Kandidatur eine Unterstützungsunterschrift zu leisten? Wie rechtfertigt die Landesregierung den Ausschluss der eigenen Unterstützungsleistung trotz offensichtlicher Legitimation durch die Kandidatur selbst?